

77

Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Sabine SCHWARZ, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend ressortübergreifende Aufstellung von Kosten für Integration

Die aktuelle Diskussion über Integration in Wien und die zu Tage getretenen Probleme machen deutlich, wie wichtig es ist, Integration als eine allumfassende Querschnittsmaterie zu betrachten. Diesem Umstand wird jedoch im Moment von den politisch Verantwortlichen der Stadt Wien nicht entsprechend Rechnung getragen.

Eine große, auf genau definierten Zielen basierende Strategie für Wiens Integrationspolitik ist nicht erkennbar. In allen Geschäftsgruppen der Stadt Wien werden Maßnahmen und Projekte finanziert, die integrationspolitisch relevant sind.

Es entsteht dabei öfters der Eindruck, dass in den verschiedenen Abteilungen unabhängig voneinander gearbeitet wird und Möglichkeiten zur vernetzten, abteilungsübergreifenden Umsetzung von Vorhaben nicht geprüft werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine ressortübergreifende Aufstellung der Kosten für Integration aus um einen besseren Überblick zu schaffen. Ziel sollte eine bessere Nutzung der Synergien sowie eine Vermeidung von Doppelgleisigkeiten sein.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019



